

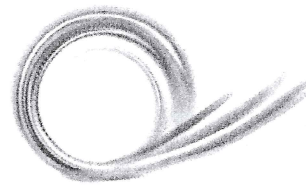
Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses am 24. Mai 2016

TOP 8 „Anfragen und Mitteilungen“

- 8.1 Anpassung – Arbeitskonzept für die Integrationsarbeit;
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 09.05.2016

- 8.2 Förderung der Beschäftigung und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie Stärkung der interkulturellen Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung;
hier: Antrag des Integrationsrates vom 28.04.2016

- 8.3 ÖPNV – Angebot in Eschweiler;
Situation am Vöckelsberg nach der Fahrplanumstellung im Juni 2016;
hier: Antrag der Fraktion Die Linke vom 09.05.2016



ESCHWEILER

mit Energie in die Zukunft!

Stadt Eschweiler Der Bürgermeister

Stadt Eschweiler | Postfach 1328 | 52233 Eschweiler

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler
Frau Fraktionsvorsitzende Nadine Leonhardt

im Hause



Dienststelle
Büro des Bürgermeisters
und Pressestelle

Auskunft erteilt
Herr Costantini
Zimmer 131
Telefon 02403/71-558
Fax 02403/60999 005
rene.costantini@eschweiler.de

Ihr Zeichen
Mein Zeichen I/BP

Datum 11.05.2016

Dienstgebäude
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler
Telefon-Zentrale 02403/71-0
stadtverwaltung@eschweiler.de
www.eschweiler.de

Öffnungszeiten im Rathaus
Montag-Mittwoch und Freitag
8.30-12.00 Uhr
Donnerstag
14.00-17.45 Uhr

Anpassung – Arbeitskonzept für Integrationsarbeit

Sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende Leonhardt,

Ihr vorgenanntes Schreiben vom 09.05.2016 habe ich erhalten.

Mit der weiteren, federführenden Antragsbearbeitung habe ich im Dezernat II von Herrn Beigeordneten und Stadtkämmerer Kaever das zuständige Fachamt 50/Sozialamt beauftragt.

Die Verwaltung wird zu Ihrem Antrag Stellung nehmen.

Mit freundlichem Gruß

Bertram
Bürgermeister

Durchschriften mit Antragskopien an:

- Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktionen von CDU, Grüne, FDP, Die Linke, UWG, Einzelvertreter RM Lennartz, zur gefl. Kenntnisnahme
- Dez. II
- 50
- 102/RA
- zum VVO

Gläubiger-ID
DE 96 001 000 000 808 85

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
IBAN: DE48 3905 0000 0001 2161 00
BIC: AACSDE33

Commerzbank AG
IBAN: DE11 3708 0040 0170 2816 00
BIC: DRESDEFF370

Postbank Köln
IBAN: DE07 3701 0050 0003 8245 09
BIC: PBNKDEFF370

Raiffeisen-Bank Eschweiler
IBAN: DE73 3936 2254 2500 1160 16
BIC: GENODE1RSC

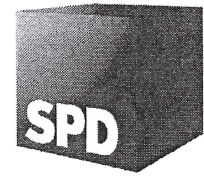
VR-Bank eG
IBAN: DE08 3916 2980 6103 9480 19
BIC: GENODE1WUR

ESCHWEILER
hat keinen Platz für Rassismus

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler

Bürgermeister
der
Stadt Eschweiler

Eing.: 10. MAI 2016



An
Stadt Eschweiler
Bürgermeister Rudi Bertram
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Eschweiler

Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler

Telefon 02403 / 71 - 408
Telefax 02403 / 71 - 514

spd-fraktion@eschweiler.de
www.spd-eschweiler.de

Sparkasse Aachen
Konto-Nr. 2250306
BLZ 390 500 00

Eschweiler, 09.05.2016

Anpassung - Arbeitskonzept für Integrationsarbeit

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

um die Integration in der Stadt Eschweiler zielgerichtet anzugehen, wurde in der Vergangenheit ein Arbeitskonzept für die Integrationsarbeit durch Verwaltung, Fachleute, Multiplikatoren und Politik erstellt.

So wurden zum Beispiel in sechs verschiedenen Handlungsfeldern (z.B. Gesundheit und Soziales, Bildung und Sprachförderung, Bürgerschaftliches Engagement usw.) in Arbeitsgruppen Handlungsempfehlungen ausgesprochen und Maßnahmen entwickelt und umgesetzt.

Zwischenzeitlich haben sich, wie bekannt, die Rahmenbedingungen z.B. durch die erhöhte Aufnahme von Flüchtlingen, durch rechtliche und finanzielle Gesetzesänderungen usw., ergeben.

Die SPD- Fraktion beantragt das Konzept zu aktualisieren und im Hinblick auf die neuen Herausforderungen in der Integrationsarbeit zu ergänzen.

Die entsprechenden politischen Gremien sind dabei einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Nadine Leonhardt

Fraktionsvorsitzende

- 1 -

Vorsitzende:
Nadine Leonhardt
Gerhard-Meiß-Str. 18
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 951159

Geschäftsführerin:
Nicole Dickmeis
Pützlohner Straße 4
52249 Eschweiler
Telefon: 02403 / 979855



ESCHWEILER

mit Energie in die Zukunft!

Stadt Eschweiler Der Bürgermeister

Stadt Eschweiler | Postfach 1328 | 52233 Eschweiler

Integrationsrat bei der Stadt Eschweiler
Frau Vorsitzende Nora Hamidi

im Hause



Dienststelle

Büro des Bürgermeisters
und Pressestelle

Auskunft erteilt

Herr Costantini

Zimmer 131

Telefon 02403/71-558

Fax 02403/60999 005

rene.costantini@eschweiler.de

Ihr Zeichen

Mein Zeichen I/BP

Datum 10.05.2016

Dienstgebäude

Johannes-Rau-Platz 1

52249 Eschweiler

Telefon-Zentrale 02403/71-0

stadtverwaltung@eschweiler.de

www.eschweiler.de

Öffnungszeiten im Rathaus

Montag-Mittwoch und Freitag

8.30–12.00 Uhr

Donnerstag

14.00–17.45 Uhr

Antrag zur Förderung der Beschäftigung und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie zur Stärkung der Interkulturellen Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung

Sehr geehrte Frau Hamidi,

Ihr vorgenanntes Schreiben vom 28.04.2016 habe ich erhalten.

Mit der weiteren, federführenden Antragsbearbeitung habe ich im Dezernat II von Herrn Beigeordneten und Stadtkämmerer Kaefer das zuständige Fachamt 50/Sozialamt beauftragt.

Die Verwaltung wird zu Ihrem Antrag in der nächsten Sitzung des Integrationsrates Stellung nehmen.

Mit freundlichem Gruß

Bertram
Bürgermeister

Durchschriften mit Antragskopien an:

- Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktionen von SPD, CDU, Grüne, FDP, Die Linke, UWG, Einzelvertreter RM Lennartz, zur gefl. Kenntnisnahme
- II
- 50
- 102/RA
- zum VVO

Gläubiger-ID

DE 96 001 000 000 808 85

Bankverbindungen

Sparkasse Aachen

IBAN: DE48 3905 0000 0001 2161 00

BIC: AACSDE33

Commerzbank AG

IBAN: DE11 3708 0040 0170 2816 00

BIC: DRESDEFF370

Postbank Köln

IBAN: DE07 3701 0050 0003 8245 09

BIC: PBNKDEFF370

Raiffeisen-Bank Eschweiler

IBAN: DE73 3936 2254 2500 1160 16

BIC: GENODED1RSC

VR-Bank eG

IBAN: DE08 3916 2980 6103 9480 19

BIC: GENODED1WUR

ESCHWEILER

hat seinen Platz bei Ratsmitgliedern

Bürgermeister
der
Stadt Eschweiler
Eing.: 03. MAI 2016



Der Integrationsrat
bei der Stadt Eschweiler

Stadt Eschweiler | Postfach 1328 | 52233 Eschweiler

An den
Bürgermeister der Stadt Eschweiler

Andrey
II 150
Rm 415



Geschäftsstelle
Amt für Soziales, Senioren
und Integration

Auskunft erteilt
Frau Senchenkova
Zimmer 210
Telefon 02403/71-726
Fax 02403/60999-364
tatiana.senchenkova@eschweiler.de

Ihr Zeichen
Mein Zeichen 50/Se

Datum 28.04.2016

Dienstgebäude
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler
Telefon-Zentrale 02403/71-0
stadtverwaltung@eschweiler.de
www.eschweiler.de

Öffnungszeiten im Rathaus
Montag-Mittwoch und Freitag
8.30-12.00 Uhr
Donnerstag
14.00-17.45 Uhr

ANTRAG
zur Förderung der Beschäftigung und der Ausbildungsbeteiligung von
Migrantinnen und Migranten sowie zur Stärkung der Interkulturellen Kompetenz
aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

ich bitte Sie, auf der Basis des nachfolgenden Antrages eine Verwaltungsvorlage erstellen zu lassen und diese inhaltlich in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Integrationsrates aufzunehmen:

Beratungsgegenstand

- Förderung der Beschäftigung und der Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten in der Verwaltung
- Stärkung der Interkulturellen Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung.

Gläubiger-ID
DE 96 001 000 000 808 85

Bankverbindungen
Sparkasse Aachen
IBAN: DE55 3905 0000 0047 0312 08
BIC: AACSD33

Umsetzungsvorschlag

Die Verwaltung wird aufgefordert, bei allen Neueinstellungen und besonders bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund verstärkt zu berücksichtigen. Dazu sind kurzfristig Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in allen Bereichen und Ebenen bewirken, so dass ihr Anteil an den Beschäftigten in der Verwaltung mittelfristig dem Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Stadtbevölkerung entspricht. Teil dieses Konzepts sollte eine Bestandsaufnahme zur Personalentwicklung in der Stadtverwaltung sein, die Auskunft gibt

- a) über die Zahl der in Ausbildung befindlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, und
- b) über die Zahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund.

Das Konzept sollte, die in der Begründung genannte, beispielhafte Instrumente berücksichtigen, die zum Teil bereits in anderen Kommunen erfolgreich eingesetzt werden.

Ebenso soll der Aspekt der Stärkung der Interkulturellen Kompetenz aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung im Rahmen des Konzeptes berücksichtigt werden.

Dem Rat der Stadt ist jährlich ein Bericht vorzulegen, der über die erfolgten Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse informiert.

Begründung

Eine zeitgemäße und erfolgreiche Integrationspolitik in der Kommune ist inzwischen zum unverzichtbaren Element der Kommunalpolitik geworden. Die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung wird in der Selbstverpflichtungserklärung der kommunalen Spitzenverbände zum Nationalen Integrationsplan als unerlässlicher Bestandteil erfolgreicher Integrationspolitik definiert.

Dem öffentlichen Dienst kommt eine Vorbildfunktion zu, wenn es darum geht, Personen einen chancengleichen Zugang zu ermöglichen, die bisher im Arbeitsleben benachteiligt sind. Diese Vorbildfunktion besteht zum einen gegenüber der Privatwirtschaft. Denn staatliche Institutionen erscheinen ihrerseits unglaubwürdig, wenn sie eine Verbesserung beispielsweise der Beteiligung von Migrantinnen und Migranten einfordert, ohne selber deren Repräsentanz innerhalb ihres eigenen Personals zu verbessern. Zum anderen lassen sich Veränderungen im gesellschaftlichen Bewusstsein erreichen, indem der öffentliche Dienst bei der Verwirklichung des Ziels, die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten zu verbessern, eine Vorreiterrolle einnimmt.

Im öffentlichen Dienst und besonders in der öffentlichen Verwaltung sind Beschäftigte mit Migrationshintergrund gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung immer noch stark unterrepräsentiert. Integration ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die ethnische Vielfalt der Stadtgesellschaft sollte sich auch in der Verwaltung einer Stadt abbilden, und dies nicht allein nur, um Migranten als Klienten adäquater als bisher ansprechen zu können.

Beamte und Angestellte der Verwaltung sind aufgrund der Art ihrer Tätigkeit in besonderem Maße in der Öffentlichkeit präsent und kommen auf vielfältige Weise mit der in **Stadt Eschweiler** lebenden Bevölkerung in Kontakt. Sie begegnen Bürgern als Repräsentanten des Staates, vollziehen Gesetze und treten als Akteure des Verwaltungshandelns in Erscheinung. Die verstärkte Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten in der Verwaltung würde daher nicht nur für die im öffentlichen Dienst tätigen Migranten eine Integrationsmöglichkeit bedeuten, sondern darüber hinaus das Bild von Migrantinnen und Migranten in der Öffentlichkeit verändern. Und zwar in zweifacher Hinsicht: Einerseits bei der einheimischen, deutschen Bevölkerung, die Migrantinnen und Migranten in verantwortlichen, den Staat repräsentierenden Positionen begegnet. Andererseits bei Menschen mit Migrationshintergrund, die auf diese Weise ein Identifikationsangebot mit dem Staat, in dem sie leben, erhalten. Dies wiederum kann zu einer besseren Identifikation der Migrantinnen und Migranten mit dem Staat führen. Darüber hinaus sind im öffentlichen Dienst tätige Migrantinnen und Migranten Vorbild für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die durch die Begegnung unmittelbar erfahren, dass der öffentliche Dienst auch für sie ein attraktives Berufsfeld sein kann.

Im Interesse der demographischen Entwicklung muss das Ausbildungs- und Qualifikationspotenzial von jungen Menschen mit Migrationshintergrund stärker als bisher ausgeschöpft werden, um auf den wachsenden Bedarf nach interkultureller Kompetenz in der Verwaltung vorbereitet zu sein. Viele Zugewanderte sind hoch motiviert, gut qualifiziert, sie sind mehrsprachig und verfügen über interkulturelle Kompetenzen. Diese Potenziale gilt es zu nutzen und gezielt zu fördern.

Migrantinnen und Migranten in der Stadtverwaltung können „Türöffner“ für alle Migranten in **Stadt Eschweiler** sein und das zum Teil belastete Verhältnis zwischen Verwaltung und Migranten verbessern helfen.

Verwaltungsangestellte mit Migrationshintergrund können sich in der Regel besser in die Situation anderer Migrantengruppen hineinversetzen als deutsche Beschäftigte.

Durch Fachpersonal aus Zuwandererfamilien können Kunden und Klienten besser erreicht werden. Die städtischen Angebote werden durch in der Verwaltung beschäftigte Migrantinnen und Migranten stärker und besser wahrgenommen, die Kundennähe wird gesteigert. Beratung und Klientenbetreuung können besser auf den tatsächlichen Bedarf von Kundinnen und Kunden aus Zuwandererfamilien abgestimmt werden. Durch mehrsprachige Auszubildende können z.B. Übersetzungsarbeiten zeitnah und Kosten sparend erledigt werden.

Zur Förderung von Angehörigen ethnischer Minderheiten bieten sich folgende Instrumente insbesondere an:

Bestandsaufnahme zur Personalentwicklung/Ist-Analyse

Ausgangspunkt sollte eine Ist-Analyse sein, die Aussagen darüber trifft, wie sich der Beschäftigungsanteil von Migrantinnen und Migranten in den einzelnen Besoldungs- und Vergütungsgruppen der jeweiligen Bereiche darstellt. Dadurch können – möglicherweise - erstmalig umfassende Daten über die Situation von Beschäftigten mit Migrationshintergrund, insbesondere über Einstufung, Funktion, Gehalt, Lebensalter, Dienstalter sowie Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten gewonnen werden. Aus den erhobenen Daten sollten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Angehörigen ethnischer Minderheiten im öffentlichen Dienst erarbeitet werden, z.B. Förderpläne mit Zielvorgaben.

Gezielte Ansprache und Information von Migranten, Migrantenjugendlichen und ihren Eltern sowie Lehrern und Berufsberatern

Die Verwaltung sollte alle Möglichkeiten nutzen, Migranten und besonders Migrantenjugendliche für eine Beschäftigung bzw. eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung gezielt zu motivieren und anzusprechen. In Stellenausschreibungen sollten Angehörige ethnischer Minderheiten ausdrücklich aufgefordert werden, sich zu bewerben. Ein solcher Zusatz ist aufgrund der Zielsetzung des Art. 3 Abs. 3 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip verfassungsgemäß. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Sonderqualifikationen von Menschen mit Migrationshintergrund – z.B. interkulturelle Kompetenz und Sprachkenntnisse - gezielt auszuscheiden.

Zudem sollten Migrantenjugendliche z.B. durch geeignete Faltblätter/Flyer oder andere Medien, durch das Angebot von Schülerpraktika, Tage der offenen Tür angesprochen werden. Um Jugendliche mit Migrationshintergrund zu gewinnen, sollten auch die Eltern von Migrantenjugendlichen über Ausbildungsmöglichkeiten, -anforderungen sowie berufliche Perspektiven in der Stadtverwaltung informiert werden. Lehrer und Berufsberater und -beraterinnen der Agentur für Arbeit sollten auf das besondere Interesse der Verwaltung an Auszubildenden mit Migrationshintergrund aufmerksam gemacht werden.

Veränderte Auswahlverfahren

Darüber hinaus sollten die eingesetzten Testverfahren auf kulturelle Gebundenheit überprüft werden und gegebenenfalls durch neue, fairere Tests ersetzt werden. So hat die Polizei in NRW so genannte „culture-fair“ Tests eingesetzt, die persönliche Qualifikationen, wie Auffassungsgabe und Kombinationsfähigkeit prüfen, ohne Sprachelemente und kulturgebundenen Wissen zu verwenden.

Zu erwägen wäre auch das Angebot von „Trainingstests“ nach dem Vorbild der Duisburger Stadtverwaltung (Dort können junge Zugewanderte, die Interesse an einer Ausbildung bei der Stadt haben, vor dem „eigentlichen“ Einstellungstest mit einem „Trainingstest“ ihre Stärken und Schwächen überprüfen. Dabei erhalten sie auch Tipps, wie sie gezielt an sich arbeiten können.)

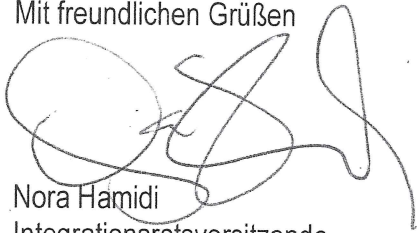
Geringe Sprachdefizite sollten kein Hindernis für die Ausbildung in der Stadtverwaltung sein, stattdessen sollte interessierten und geeigneten Jugendlichen angeboten werden, während ihrer Ausbildung Zusatzunterricht erhalten, um spezifische Lücken aufholen zu können.

Gleichbehandlung und interkulturelle Kompetenz als Themen der Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter

Fortbildungsveranstaltungen sollten auf die Themen Gleichbehandlung und interkulturelle Kompetenz eingehen. Diese Themen sollten vor allem verpflichtender Bestandteil von Fortbildungsmaßnahmen sowohl für Dienstkräfte mit Leitungsaufgaben als auch für andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein.

Bei der Entwicklung aller Maßnahmen sollten Integrationsrat, Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte und Schwerbehindertenvertretung einbezogen werden, um bereits bestehende Aktivitäten zur Gleichstellung benachteiligter Gruppen aufeinander abzustimmen und miteinander zu koordinieren.

Mit freundlichen Grüßen



Nora Hamidi
Integrationsratsvorsitzende

Von: Fraktion Die Linke
An: rudi.bertram@eschweiler.de
Datum: 09.05.2016 16:04
Betreff: Antrag zum Sozial-und Seniorenausschuss
Anlagen: ÖPNV_Sozial-Seniorenausschuss.pdf

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

im Anhang ein Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Sozial- und Seniorenausschuss.
Sollte es zeitlich zu kurz sein um adäquat den Tagespunkt zu besprechen bitten wir den Punkt in der Seniorenwoche in Form eines Workshops anzubieten und anschließend im nächsten Sozial- und Seniorenausschuss und Behindertenbeirat zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen
Albert Borchardt
Fraktionsvorsitzender

Albert Borchardt
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Rat der Stadt Eschweiler
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler
Telefon: 02403/71-509
Fax: 02403/60999-207
E-Mail: fraktion-dielinke@eschweiler.de
Sprechstunden:
Montag, Dienstag und Donnerstag 15 - 17 Uhr
Freitag 10 - 12 Uhr

Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler

Zimmer 141
Telefon: 02403/71-509
Fax: 02403/60999-207
E-Mail: fraktion-dielinke@eschweiler.de
Internet: www.dielinke-eschweiler.de

An den
Bürgermeister der Stadt Eschweiler

Montag, 9. Mai 2016

ÖPNV - Angebot in Eschweiler
Situation am Vöckelsberg nach der Fahrplanumstellung im Juni 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

zur Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses am Dienstag, 24. Mai bitten wir folgenden Punkt mit auf der Tagesordnung zusetzen:

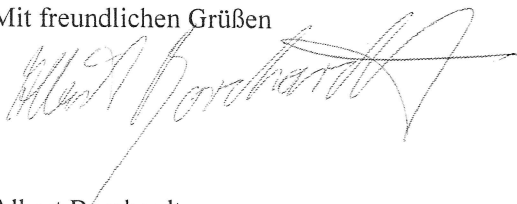
**ÖPNV - Angebot in Eschweiler
Situation am Vöckelsberg nach der Fahrplanumstellung im Juni 2016**

Es sollen dabei die Aspekte diskutiert werden, inwieweit gerade für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, sowie mit Gehhandicap, ein gut erreichbarer und dicht getakteter ÖPNV zu mehr Mobilität und letztendlich mehr Lebensqualität führt. Welche Maßnahmen zu ergreifen wären, wenn Haltestellen mehr als 500 Meter entfernt sind? Dies sind auch Aspekte, die in der Seniorenwoche in Form eines Workshops thematisiert werden könnten.

Dazu ist es sicherlich hilfreich eine Stellungnahme des Behindertenbeirates und des Seniorenbeauftragten einzuholen.

Sollte der beantragte Tagespunkt zu kurzfristig sein, bitten wir darum dies als Workshop in der Seniorenwoche anzubieten und die Ergebnisse, sowie die Auswirkungen der Taktreduzierung im nächsten Sozial- und Seniorenausschusses und Behindertenbeirat zu behandeln

Mit freundlichen Grüßen



Albert Borchardt
Fraktionsvorsitzender